



Zivilcourage!

Das „Dafür“ sichtbar machen!

Von Martin Arnold



In den vergangenen Monaten haben wir vermehrt von Protesten und Bürgerinitiativen gehört, die sich gegen die Aufnahme geflüchteter Menschen in Städten und Gemeinden organisierten. Oft wurde der Unmut vieler von klar menschenfeindlichen und rechten Parolen begleitet. Dem stellten sich aber mittlerweile vielerorts couragierte und engagierte Menschen entgegen. Über die bisherigen Gegenproteste hinaus, gründeten sich weitere Initiativen, die dauerhaft für Flüchtlinge und nicht zuletzt für ein humanes Miteinander eintreten. Um diese Bemühungen auch in Zukunft zu stärken, bedarf es Unterstützungs- und Beratungsangebote. Denn Vorurteilen und falschen wie auch geschürten Ängsten muss dauerhaft entgegengetreten werden – auch wenn die Proteste abklingen sollten, bleiben doch meist die menschenfeindlichen Einstellungspotenziale bestehen.

In diesem INFO-Heft stellen sich unterstützende Akteure und Initiativgruppen vor und zeigen ihre Handlungs- und Beratungsmöglichkeiten auf. Die Bedingungen für eine wirkliche Willkommenskultur in Thüringen liegen im dauerhaften Engagement in den Gemeinden. Nur so ist es möglich, den ständig wiederholten und formulierten Ressentiments zuvor zu kommen und den Raum für Proteste gegen die Aufnahme von Flüchtlingen zu schließen. Wir möchten das „Dafür“ sichtbar machen und laden zur Zivilcourage ein.

Podiumsdiskussion „Vor der Wahl ist nach der Wahl“

Im Gespräch mit den migrationspolitischen SprecherInnen der Landtagsfraktionen; 20.06.2014; Beginn: 19:30 Uhr; Radio F.R.E.I. Erfurt;

... Infos auf Seite 7

„Preis für Engagement“ und „Preis für die größtmögliche Gemeinschaft“

Der Flüchtlingsrat Thüringen e.V. verleiht 2014 zum 12. Mal den „Preis für die größtmögliche Gemeinschaft“ sowie zum 8. Mal den „Preis für herausgehobenes Engagement für die Rechte von Flüchtlingen“. Wir bitten um Vorschläge...

... Fortsetzung auf Seite 13

NEU: "Flucht und Asyl in Thüringen"

Gemeinsam mit dem DGB-Bildungswerk Thüringen e.V. hat der Flüchtlingsrat Thüringen e.V. ein Info-Heft zu „Flucht und Asyl in Thüringen. Flüchtlinge unterstützen - Diskriminierung entgegenreten“ herausgegeben. Download unter www.fluechtlingsrat-thr.de



... weiter auf Seite 8

Inhalt

Seite 1	Titelthema: Zivilcourage
Seite 2	Inhaltsverzeichnis, Impressum, Veranstaltungen
Seite 3	REFUGEES WELCOME – Flüchtlinge sind willkommen!
Seite 4	ezra – die mobile Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt stellt sich vor
Seite 5	„Mobile Beratung in Thüringen. Für Demokratie – Gegen Rechtsextremismus“ (MOBIT)
Seite 6	Die Kindersprachbrücke Jena e.V.
Seite 7	Mitgliederversammlung und flüchtlingspolitische Bilanz
Seite 8	Info-Heft "Flucht und Asyl in Thüringen" erschienen
Seite 9	Besuch der Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Eisenberg: Eine Zukunft in Rudolstadt? Ein Bericht.
Seite 10	Gruppe zur Unterstützung Abschiebegefangener in Thüringen sucht Verstärkung
Seite 11	Neues Projekt des Flüchtlingsrates Thüringen e.V.: „Für Flüchtlingsschutz und humane Aufnahmebedingungen – Gegen rechte Stimmungsmache in Thüringen“ Flüchtlingsrat kritisiert Abschiebung mazedonischer Familie aus Erfurt aufs Schärfste
Seite 12	Flüchtlinge in Breitenworbis fordern Schließung des Lagers & dringende Verbesserung der Lebensumstände
Seite 13	Bitte um Einreichung von Vorschlägen für den Preis für Engagement 2014 und Preis für die größtmögliche Gemeinschaft 2014
Seite 14	Jena: Der solidarische Leuchtturm Thüringens?
Seite 15	Flüchtlinge – Eine Bereicherung für unsere Kultur. Ein Erfahrungsbericht aus der Ev.-Freikirchlichen Gemeinde Erfurt
Seite 17	Unterstützung im Flüchtlingsheim Weimar
Seite 18	Schaut dem EU-Rat auf die Finger! Freundeskreis für Flüchtlinge Gera
Seite 19	Literatur: Neuerscheinungen
Seite 20	Kontakte Regional

Termine & Veranstaltungen

20.06.2014: Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrates Thüringen e.V., 15 Uhr, Radio F.R.E.I., Erfurt

20.06.2014: Podiumsdiskussion "Vor der Wahl ist nach der Wahl? - Im Gespräch mit den migrationspolitischen SprechernInnen vor der Landtagswahl", Veranstalter: Flüchtlingsrat Thüringen e.V.; Ort: Radio F.R.E.I., Gotthardstraße 21, Erfurt; Beginn: 19:30 Uhr

09.07.2014: Seminar "Familiennachzug für Flüchtlinge, Schwerpunkt: SyrerInnen" mit Volker Maria Hügel, Infos unter www.fluechtlingsrat-thr.de

21.-27.09.2014: Interkulturelle Woche 2014

26.09.2014: Tag des Flüchtlings 2014

Spenden Sie!

Der Flüchtlingsrat Thüringen e.V. ist auf Spenden angewiesen, um unabhängig von staatlichen Geldern und Interessen für die Rechte von Flüchtlingen eintreten zu können. Bitte spenden Sie auf folgendes Konto:

Flüchtlingsrat Thüringen e.V.; Sparkasse Mittelthüringen

IBAN: DE98 8205 1000 0163 0262 70 ; BIC: HELADEF1WEM



LIKE IT!

Der Flüchtlingsrat auf Facebook

<http://www.facebook.com/fluechtlingsrat>

Impressum

Herausgeber:

Flüchtlingsrat Thüringen e. V.
Sabine Berninger (V.i.S.d.P.)
Warsbergstraße 1
99092 Erfurt
Telefon: 0361-21727-20
Telefax: 0361-21727-27
info@fluechtlingsrat-thr.de
www.fluechtlingsrat-thr.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder des Flüchtlingsrates Thüringen e.V. wieder.

Spenden:

Lobbyarbeit und Solidarität mit Flüchtlingen sind nicht kostenlos. Unterstützen Sie unsere Arbeit, damit wir handeln können. Der Flüchtlingsrat Thüringen e.V. ist vom Finanzamt Erfurt als gemeinnützig anerkannt.

Sparkasse Mittelthüringen
BLZ 820 510 00
Konto- Nr. 163 026 270

Das nächste Info des Flüchtlingsrates Thüringen erscheint im Herbst 2014. Für Hinweise und Kritik (bitte senden an: redaktion@fluechtlingsrat-thr.de) ist die Redaktion dankbar.

*Engagement in Thüringen***REFUGEES WELCOME – Flüchtlinge sind willkommen!**

Von der Initiativgruppe Moskauer Platz in Erfurt

Seit letztem Jahr gibt es eine Initiativgruppe, die sich solidarisch mit Geflüchteten erklärt hat. Ihr Ziel ist es, den rassistischen Ressentiments in der Stadt Erfurt zu begegnen und aktiv Menschen für das Thema Flucht und Asyl zu sensibilisieren, um Proteste wie in Greiz, Beichlingen oder anderen Städten zu verhindern. Denn voraussichtlich im kommenden Jahr soll im Erfurter Stadtteil „Moskauer Platz“ eine neue Gemeinschaftsunterkunft entstehen, so die Pläne der Stadt.

Im November 2013 hat die regionale Presse über den möglichen Neubetrieb eines AsylbewerberInnen-Wohnheimes im Erfurter Norden, in der Ulan-Bator-Straße 76 & 77, informiert. Der Artikel wurde außerdem im sozialen

Erst Mitte März 2014 bestätigte die Stadtverwaltung nun die Pressemitteilung vom November 2013, welche über die geplante Einrichtung der Unterkunft informierte. Nach neueren Informationen wurden bereits zwei Wohnblöcke in der Ulan-Bator-Straße an das Wohnungsunternehmen „KOWO“ verkauft. Das Unternehmen plant, die beiden Wohnblöcke bis Ende 2014 zu sanieren, sodass der Betrieb im ersten Quartal 2015 erfolgen kann. Eine Ausschreibung für ein Versorgungs-, Betreuungs- und Sicherheitskonzept wurde bereits im Amtsblatt Erfurt veröffentlicht.

Auf Grund dieser aktuellen Geschehnisse haben sich AkteurInnen aus zwei Jugendverbänden zusammengesetzt und erste Ideen gesponnen. Schnell wurde jedoch klar, dass



Netzwerk „Facebook“ veröffentlicht, wo es innerhalb von wenigen Stunden zu über 300 Kommentaren kam, meist mit rassistischen, menschenverachtenden Einstellungen. Die NPD ließ nicht lange auf sich warten und instrumentalisierte die Situation der Betroffenen für ihre menschenfeindlichen Vorstellungen, indem sie großflächig Flyer im Stadtteil verteilte. Einige VertreterInnen der Erfurter NPD waren sich zudem nicht zu schade, sich vor dem geplanten Heim mit der Partei-Fahne ablichten zu lassen und für ihre Propaganda in der Januar-Ausgabe der „Bürgerstimme“ zu nutzen.

diese auf eine breite Unterstützung angewiesen sind und mehr AkteurInnen beteiligt werden müssen. So entstand die Initiativgruppe. Zu einem ersten Treffen wurde im Februar 2014 eingeladen. Über 20 BürgerInnen sowie ehren- und hauptamtliche VertreterInnen von unterschiedlichen Parteien, Kinder- und Jugendverbänden, katholischer Kirche, sozialen und gemeinnützigen Einrichtungen, Beratungsstellen, antifaschistischen Gruppen, des Ortsteirates sowie der Ortsteilbürgermeister aus dem Stadtteil kamen zu diesem ersten Treffen und riefen die Initiativgruppe „Moskauer Platz“ ins Leben. Erste Ideen und Aktionen

Fortsetzung von Seite 3

wurden formuliert und in einem Zeitstrahl festgehalten. Zu unseren grundsätzlichen Zielen gehören:

- eine positive Willkommenskultur schaffen,
- um alltäglichem Rassismus entgegen zu wirken,
- um so wiederum einen möglichen Auflauf von einem rassistischen Mob zu verhindern,
- ein Unterstützungs-Netzwerk aufbauen,
- die Flüchtlingsfamilien begrüßen und ihnen bei der Eingewöhnung helfen,
- gemeinsame BürgerInnen-Feste organisieren,
- Möglichkeiten für einen gemeinsamen Erfahrungsaustausch bieten und Geflüchteten Gehör verschaffen.

Um diese Ziele zu erreichen, ist es zunächst dringend notwendig, BürgerInnen über das Thema „Flucht und Asyl“ aufzuklären, da viele Argumente mit Vorurteilen und Unwissen besetzt sind. Hierzu gestaltete die Initiativgruppe einen Flyer, um jeden Haushalt am Moskauer Platz und in den umliegenden Stadtteilen zu erreichen. Der Flyer ist durch den „Lokalen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus Erfurt“ gefördert und Ende März 2014 gedruckt worden. Im Laufe des Aprils wurden insgesamt 15.000 Flyer durch engagierte HelferInnen verteilt. Der Flyer beschreibt beispielhaft Gründe, warum Menschen aus ihren Herkunftsländern fliehen müssen sowie was sie erfahren und erleben mussten. Auch weisen wir auf die anerkannten Asylgründe der Bundesrepublik Deutschland hin und versuchen, BewohnerInnen zu einem solidarischen Handeln zu bewegen und rufen sie zur Unterstützung auf.

Wir wollen jedoch nicht als alleinige AkteurInnen vor Ort arbeiten, sondern als breites Bündnis die BewohnerInnen in die Planung und vor allem in die Durchführung von Aktionen einbeziehen. Dies kann aber nur durch Präsenz im Stadtteil erfolgen.

So haben wir vor, einen thematischen Elternabend für interessierte Eltern, LehrerInnen und Schüler*innen zu initiieren, um gemeinsam mit ihnen ins Gespräch zu kommen.

Beratung

ezra – die mobile Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt stellt sich vor

Von Jürgen Wollmann, Projektkoordinator

„ezra“ ist das hebräische Wort für Hilfe oder auch Beistand. Hilfe gibt das gleichnamige Projekt in Trägerschaft der Evangelischen Kirche Menschen, die Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt geworden sind. Besonders MigrantInnen werden häufig Opfer von Ablehnung, Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt.

Der Slogan „Refugees Welcome“ soll dauerhafter Blickpunkt im Ortsteil sein und die entsprechenden Plakate sollen in jeder Einrichtung hängen. Ein großes, auffälliges Banner an der Berufsschule soll diese Präsenz noch verstärken. Am 28.06.2014 findet zudem am Moskauer Platz das alljährliche Stadtteilstfest mit dem Thema „Gemeinsam am Ball“ auf Grund der Fußball-WM statt, wo wir uns an der Planung und Ausgestaltung beteiligen. Auch hier will bzw. soll sich die Initiativ-Gruppe vorstellen, jedoch nicht mit einem klassischen Info-Stand. Geplant ist, mit Kindern und Jugendlichen über ein sogenanntes „Vorurteils-Jenga“ Vorurteile zu entkräften und gemeinsam darüber ins Gespräch zu kommen. Des Weiteren soll es eine Hör-Ausstellung mit Interviews von Geflüchteten geben. Darüber hinaus soll eine Abschlussparty in der Gera-Aue stattfinden. Wir sind gerade in der Planung und wollen versuchen, die von Geflüchteten selbst organisierte Band „The Refugees“, die in den letzten Jahren mit dem Liedermacher Heinz Ratz und seiner Band Strom & Wasser auch in Thüringen unterwegs war, dafür zu begeistern. Dabei erhoffen wir uns, eine breite Öffentlichkeit mit der Thematik zu erreichen.

Eine weitere Idee ist es, eine thematische Kurzfilmwanderung im Stadtteil im Sommer 2014 anzubieten. Wir wollen verschiedene thematische Kurzfilme bzw. einen längeren Film mit einem Beamer an verschiedene Hauswände projizieren und dadurch AnwohnerInnen sensibilisieren.

Im ersten Quartal 2015 soll nach Angaben der Stadtverwaltung Erfurt das AsylbewerberInnen-Wohnheim in Betrieb gehen. Auch dann heißt es für uns, die Geflüchteten in Erfurt zu begrüßen und aktiv zu unterstützen. Wir müssen versuchen, jeder Form von Alltagsrassismus entgegen zu wirken. Auch müssen wir mit den Geflüchteten in einen Austausch kommen, um herauszufinden, was ihre Vorstellungen und Wünsche sind bzw. was sie brauchen. Dabei darf es nicht um eine pädagogische Begleitung gehen, sondern um einen Kontakt auf Augenhöhe. Wir wollen mit unterschiedlichen Aktionen den Stadtteil für Geflüchtete öffnen und die geflüchteten Menschen in den Stadtteil integrieren und hoffen auf die Unterstützung aller BewohnerInnen.

Wie ezra helfen kann:

- nach einem Übergriff kommen wir zu den Betroffenen und geben direkte Hilfe vor Ort
- wir beraten in der konkreten persönlichen Situation (z.B. wenn eine Gewalterfahrung belastet, helfen wir bei der Bewältigung und vermitteln bei Bedarf PsychologInnen.)

Fortsetzung von Seite 4

- wir begleiten zu Terminen bei Polizei, Anwälten, Behörden und Gerichten
- wir helfen bei der Beantragung von Entschädigungsleistungen (z.B. Opferentschädigung, Prozesskostenbeihilfe etc.) oder können Betroffene finanziell aus unserem Opferhilfsfonds unterstützen.

Die Beratung ist kostenlos. Es muss keine Anzeige bei der Polizei vorliegen. Auch Angehörige von Betroffenen sowie ZeugenInnen können beraten und begleitet werden. Bei Sprachproblemen vermitteln wir DolmetscherInnen. Die Betroffenen werden ernst genommen. Ein respektvoller Umgang ist selbstverständlich. Wir sind zur Verschwiegenheit verpflichtet (haben aber kein Aussageverweigerungsrecht). Das, was die Ratsuchenden wollen, ist für die Mitar-



beiterInnen von ezra verbindlich.

Kontakt:

- für Betroffene gibt es eine Hotline (Tel. 036202-77 13 510)
- außerdem können Angriffe/Vorfälle über ein Kontaktformular im Internet (www.ezra.de) oder per E-Mail (info@ezra.de) gemeldet werden
- Adresse: Drei-Gleichen-Str. 35 a, 99192 Neudietendorf

Auf <http://www.ezra.de> steht der Beratungs-Flyer u.a. in den Sprachen Deutsch, Englisch, Persisch, Arabisch, Türkisch, Chinesisch und Vietnamesisch als Download zur Verfügung.

Beratung**„Mobile Beratung in Thüringen. Für Demokratie – Gegen Rechtsextremismus“ (MOBIT)**

Von Stefan Heerdegen, Berater bei MOBIT

Seit dem Jahr 2001 existiert in Thüringen, ebenso wie in den anderen ostdeutschen Bundesländern, die „Mobile Beratung in Thüringen. Für Demokratie – Gegen Rechtsextremismus“ (MOBIT). Das Beratungsangebot hat die Aufgabe, diejenigen zu unterstützen, die sich gegen die extreme Rechte engagieren wollen. Die Mobile Beratung soll den Aktiven nicht die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Erscheinungsformen der extremen Rechten abnehmen, sondern die Unterstützung liefern, die die Engagierten benötigen.

alltagsrassistische Stammtischparolen, wird schnell klar, dass weder staatliche Behörden, noch ein vom Staat finanziertes Projekt wie MOBIT solche Problematiken allein lösen können. Das Ziel muss vielmehr sein, Menschen zu sensibilisieren und eine passende fachliche Hilfestellung anzubieten, die es ermöglicht, selbst im Rahmen der eigenen Möglichkeiten im privaten Umfeld, in der Kommune, am eigenen Arbeitsplatz etc. aktiv zu werden.

Häufig verfügen einzelne Beratungssuchende selbst über sehr viel eigenes Engagement, Einsatzbereitschaft und



Proteste gegen den NPD-Bundesparteitag

Wenn man unter „Rechtsextremismus“ nicht nur Gewaltakte und NPD-Wahlerfolge versteht, sondern auch öffentliche Präsenz von Neonazis, Angsträume und

Kompetenz, benötigen nur noch einen fachlichen Rat, um sich zu vergewissern. Diesem Bedürfnis kann leicht mit einem Telefonat oder einer E-Mail entsprochen werden. An-

Fortsetzung von Seite 5

dere Fälle sind sehr komplex und können nicht von Einzelnen angegangen werden. Beispiele sind Demonstrationen, Kundgebungen und Open-Airs mit bekannten Neonazi-Bands in Thüringen. Da es in Thüringen so viele dieser öffentlichen Musikveranstaltungen wie in keinem anderen Bundesland gibt, sind Vorbereitungen von Protesten ein fester Bestandteil des Thüringer Engagements gegen die extreme Rechte. Hierbei begleiten die sechs MitarbeiterInnen der Mobilen Beratung lokale Bündnisse bzw. Initiativen. Zumeist geht es um möglichst deutliche und öffentliche Signale, dass die extreme Rechte, ihre Ideologie und Präsenz nicht erwünscht sind. MOBIT hat nicht selten auch eine vermittelnde und vernetzende Funktion gegenüber Behörden, Verwaltung und Kommunalpolitik.

Seit im vergangenen Spätsommer rassistische Proteste vor einer Flüchtlingsunterkunft in Berlin-Hellersdorf, unterstützt und angefacht von der NPD, bekannt wurden, finden sich in Thüringen ähnliche Beratungsanlässe. In mehreren Kommunen regte sich rassistischer Protest gegen geplante oder existente Flüchtlingsunterkünfte. Nicht nur wegen der häufigen Beteiligung der extremen Rechten an solchen Protesten, sondern vor allem auch wegen des unterschweligen Rassismus der angeblich nur besorgten Bürger unterstützt MOBIT



**DEINE STIMME
GEGEN NAZIS!**

auch diejenigen, die Flüchtlingen in Thüringen ohne Vorurteile begegnen wollen. Gerade das Miteinander von hier und nicht hier Geborenen bzw. Aufgewachsenen ist im Alltag eine Aufgabe von Zivilgesellschaft. Deutlicher als bei Aktivitäten gegen gesellschaftlich weitgehend geächtete Neonazis und deren Aktionen, sind hier humanistische und demokratische Überzeugungen nötig. Neonazismus wird schnell mit dem Verweis auf die deutsche Geschichte abgelehnt. Der oft getarnte, unterschwellige Rassismus hinter den bürgerlichen Begründungen gegen die Neueinrichtung von Unterkünften für Flüchtlinge ist schwerer zu durchschauen und schwerer zu entkräften. Insbesondere beim Thema „Flüchtlinge“ finden sich nebulöse, unklare Positionen in der Zivilgesellschaft. Das zivilgesellschaftliche Engagement, das gegen die extreme Rechte so wichtig ist und so gern begrüßt wird, findet sich nun auch auf Seiten von Alltagsrassisten. Für die Mobile Beratung in Thüringen entsteht die Herausforderung, die AdressatInnen ihrer Beratungsarbeit zu hinterfragen. Einmal mehr wird deutlich, dass die extreme Rechte zumindest in den Einstellungen keine gesellschaftliche Randerscheinung ist. Die Unantastbarkeit von Menschenwürde, Menschenrechten und auch demokratische Grundsätze stellen sich in der sogenannten gesellschaftlichen Mitte, aus der sich Zivilgesellschaft häufig konstituiert, leider gelegentlich als dehnbare Leitlinien dar.

**Engagement in Thüringen
Die Kindersprachbrücke Jena e.V.**

Von Gina Tröger

Der Träger

Die Kindersprachbrücke ist ein anerkannter, gemeinnütziger Träger der freien Jugendhilfe, der 2002 aus einer studentischen Initiative heraus in Jena gegründet wurde. Zu Beginn stand ein Schlüsselerlebnis: ein 11-jähriges Mädchen aus dem Irak verfolgte den Unterricht zwar aufmerksam, verstand aber aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse nicht.

Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, Kindern mit Migrationshintergrund Chancengleichheit und Integrationsmöglichkeiten zu bieten, indem wir z.B. den Erwerb der deutschen Sprache fördern, aber auch interkulturelle Lernprozesse anregen. An den Projekten sind stets Kinder mit und ohne Zuwanderergeschichte beteiligt. Seit über zwölf Jahren gelingt es uns, unsere Programme auszubauen und auf die Schulen Jenas auszuweiten. Für die erfolgreiche Umsetzung unserer Ziele wurde uns 2010 der Thüringer Integrationspreis verliehen.

Unsere Arbeit

Die Arbeit mit Kindern mit Migrationshintergrund ist sehr abwechslungsreich und vielseitig. Unsere Ehrenamtlichen bieten den Kindern eine Konstante, die sie vom ersten Tag an begleitet. Wir sind die Fachkräfte für die Vermittlung von Deutsch als Zweitsprache und Multiplikatoren, wenn es um die Gestaltung pädagogischer Vielfalt in Schule und im Hort geht. Viele unser Projekte sind nur durch die tatkräftige Unterstützung unserer qualifizierten Ehrenamtlichen möglich. Pro Jahr beteiligen sich ca. 50 Freiwillige im Verein, viele von ihnen sind selbst internationale Studierende.

Angebote

Feste Elemente unserer Sprachförderung sind die Intensivsprachkurse, der Sprach- und Spielnachmittag und die Einzelsprachförderung. Die Intensivsprachkurse finden dreimal jährlich für drei Wochen statt, bevor die neu zugewanderten Kinder eingeschult werden. Die Sprach- und

Fortsetzung von Seite 6

Spielnachmittage sind ein spielerisches Sprachförderprogramm im außerschulischen Bereich, die Kinder mit und ohne Migrationshintergrund zusammen bringen. Neben der Förderung von Sprache steht die Offenheit und Toleranz gegenüber anderen Familienkulturen im Fokus, um Vorurteilen vorzubeugen. Die Einzelsprachförderung unterstützt den Spracherwerb neben dem Schulalltag und wird auf die individuellen Bedürfnisse des Kindes von unserem ausgebildeten Fachpersonal zugeschnitten.

Projekte

Wir versuchen ständig uns weiterzuentwickeln und vielseitige Angebote für unsere Zielgruppen zu etablieren. Unser jüngstes Projekt ist das Willkommensbuch von Kindern für Kinder. Im Mittelpunkt des Buches steht der Anspruch, den Kindern zu zeigen, dass Jena ihnen gern ein neues Zuhause sein will. Außerdem soll den Kindern eine Orientierungshilfe für den Alltag in Jena geboten werden. Das Buch ist unter www.kindersprachbruecke.de/willkommensbuch zum Download abrufbar. Ein neues Projekt für Jena und die Kindersprachbrücke steht auch schon in den Startlöchern - die Ausbildung von Flüchtlingspaten. Damit möchten wir ehrenamtliches Engagement für Flüchtlinge durch Qualifizierungsmodule unterstützen.



Intensivsprachkurs Frühjahr 2014

Für uns ist die Etablierung einer Willkommenskultur in der breiten Zivilgesellschaft wichtig, um die Integration der

Neuzuwanderer zu ermöglichen und in der Bürgerschaft ein Klima der Weltoffenheit und Toleranz zu schaffen, das dem Auftreten fremdenfeindlicher Gesinnungen vorbeugt.

In eigener Sache**Mitgliederversammlung und flüchtlingspolitische Bilanz**

Am 20. Juni treffen sich die Mitglieder des Flüchtlingsrates Thüringen e.V. turnusmäßig zu ihrer jährlichen Mitgliederversammlung, um das vergangene Jahr Revue passieren zu lassen. Ein Jahr zuvor war der Vorstand nicht nur personell neu besetzt, sondern auch per Satzungsbeschluss ein wenig umstrukturiert und vergrößert worden.

Wie sich die neuen Vorstandsmitglieder und BeisitzerInnen „zusammengerauft“ und welche Schwerpunkte im Berichtszeitraum zu bearbeiten waren oder welche Themen der Flüchtlingsrat selbst gesetzt hat, darüber wird die Mitgliederversammlung anhand des vom Vorstand vorgelegten Tätigkeitsberichtes diskutieren können. Aber auch, welche Aufgaben anstehen, welche flüchtlingspolitischen Inhalte nicht zu Ende diskutiert sind und welche Ziele wie erreicht werden können, soll besprochen werden. In diesem Zusammenhang wird über Bundes- und Landespolitik zu reden sein: es gilt, eine Art flüchtlingspolitische Bilanz zu ziehen und möglicherweise erste Schritte für die Zeit „nach der Wahl“ zu besprechen.

Im Hinblick auf die Landtagswahl am 14. September hat sich der Flüchtlingsrat, wie auch zu vergangenen Wahlen, mit Wahlprüfsteinen an die größeren für den Thüringer Landtag kandidierenden (demokratischen) Parteien gewandt. Dieses Jahr werden die Parteien zur Unterbringung

(im Hinblick auf die Forderung, Flüchtlinge in Wohnungen in Städten mit guter Erreichbarkeit und auch soziokultureller Infrastruktur unterzubringen), zum Thema Leistungsgewährung mit Schwerpunkt medizinische Versorgung, zum Zugang zu Sprach- und Integrationskursen und Angeboten zur Inklusion, zum weiteren Umgang bezüglich der Residenzpflicht, zur Situation von Sinti und Roma sowie zum derzeitigen „Flickenteppich“ an Beratungsstellen in Thüringen befragt.

Podiumsdiskussion mit FlüchtlingspolitikerInnen

Eine flüchtlingspolitische Bilanz der im September zu Ende gehenden 5. Legislatur des Thüringer Landtags soll am Abend des 20. Juni mittels einer Podiumsdiskussion gezogen werden. Zu diesem Podium hat der Flüchtlingsrat Landtagsmitglieder eingeladen, die bereits zu Beginn der Legislatur 2009 an selber Stelle auf dem Podium ihre flüchtlingspolitischen Ziele und Vorhaben vorstellen konnten, die flüchtlingspolitischen SprecherInnen der Landtagsfraktionen: Gudrun Holbe (CDU), Regine Kanis (SPD), Astrid Rothe-Beinlich (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), Dirk Bergner (FDP) und Sabine Berninger (DIE LINKE).

Die Mitgliederversammlung beginnt um 15:00 Uhr, die Podiumsdiskussion um 19:30 Uhr. Beide Veranstaltungen finden bei Radio F.R.E.I., Gotthardtstraße 21 in 99084 Erfurt

Fortsetzung von Seite 7

statt. Interessierte sind sehr herzlich eingeladen.

Hinweise:

Achtung: Der Raum ist nicht barrierefrei erreichbar. Wir helfen aber gern, ruft uns einfach vorher an.

Neuerscheinung

Info-Heft "Flucht und Asyl in Thüringen" erschienen

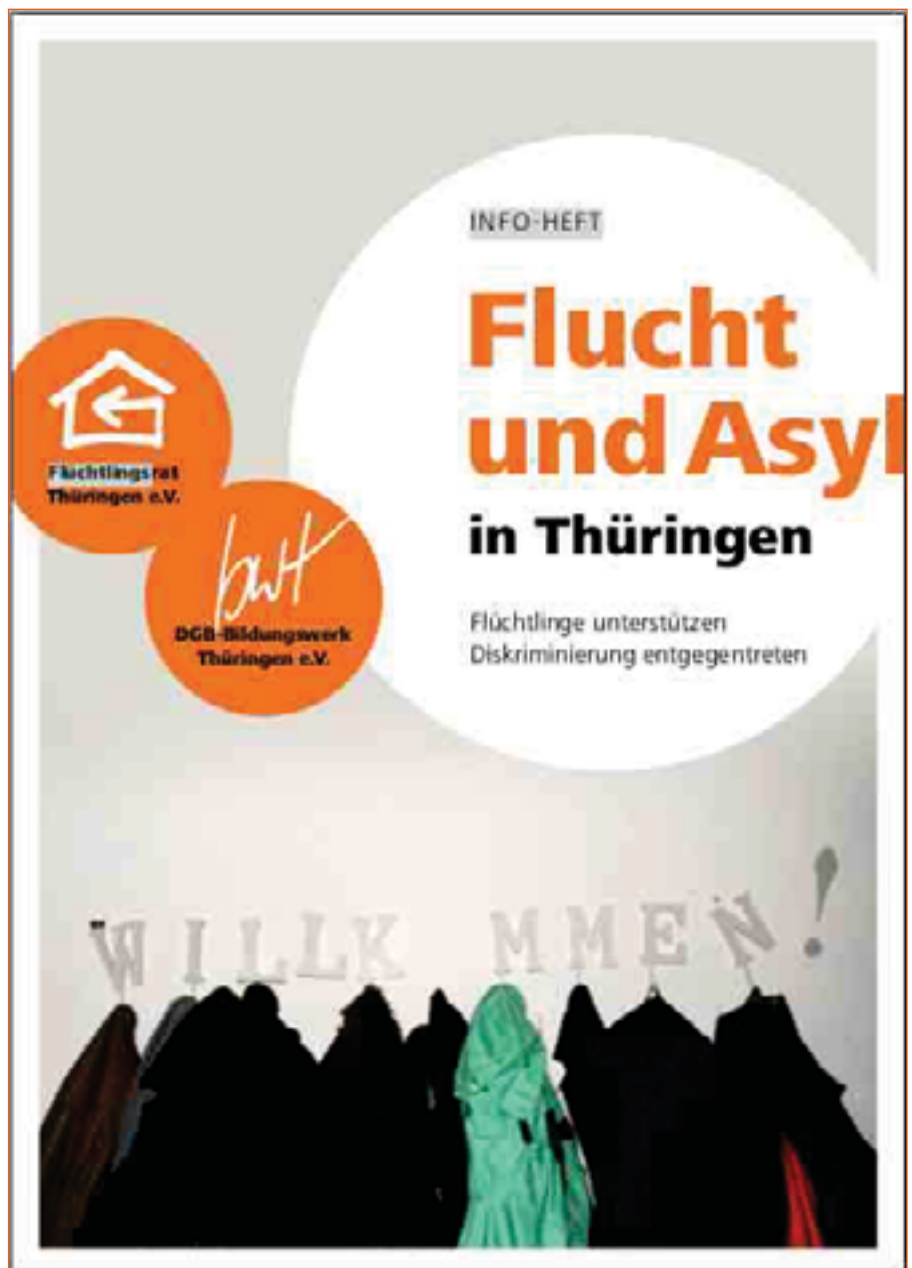
Derzeit kommen aufgrund der weltweit zugenommenen Flüchtlingszahlen vermehrt Asylsuchende auch nach Deutschland. Dies wird begleitet von öffentlichen Diskussionen, Protesten gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in Deutschland und Polemiken von PolitikerInnen gegen das vermeintliche Ausnutzen der Sozialsysteme. Und nicht zuletzt werden fortlaufend Menschen in Deutschland angegriffen – tätlich und verbal –, weil sie „ausländisch“ aussehen.

In Thüringen finden 2014 Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen statt. In Wahlkampfzeiten wird verstärkt öffentlich diskutiert, es gibt Kampagnen und Meinungsmache. Auch das Thema Asyl wird dabei aufgegriffen. Neonazistische und rechtspopulistische Gruppierungen und Parteien hetzen mit entsprechenden Slogans gegen alles „Ausländische“ bzw. „Nicht-Deutsche“. Aber auch andere Parteien greifen Vorbehalte und Ressentiments gegen ZuwanderInnen auf.

Wir möchten neu Interessierten am Thema Flucht und Asyl einen kurzen und möglichst leichten Einstieg in die Sachlage geben und sie mit Fakten und Argumenten versorgen. Für diejenigen, die bereits einige Informationen haben, bietet die Broschüre einen schnellen Überblick über die aktuelle (Rechts-) Lage und deren Veränderungen der letzten Jahre in Thüringen. Darüber hinaus geben wir einige Hinweise, wie in einer kontroversen Diskussion zum Thema Asyl argumentiert bzw. wie rassistischen und diskriminierenden Übergriffen im Alltag begegnet werden kann. Damit wollen wir all diejenigen stärken, die sich in der öffentlichen, oft aufgeheizten Debatte um Flucht, Asyl und Rassismus in unserer Gesellschaft für eine sachliche Auseinandersetzung zugunsten von Flüchtlingen und gegen Rassismus einsetzen möchten.

Entsprechend § 6 Absatz 1 Versammlungsgesetz sind Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, von der Veranstaltung ausgeschlossen.

Alle angesprochenen Themen werden von uns nur angerissen und bieten eine weitaus größere Komplexität, als wir sie in diesem Heft behandeln können. Inhaltliche Positionierungen spiegeln die Meinung der HerausgeberInnen wider und decken sich mit denen zahlreicher Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen. Wir laden alle zu einer



weiteren Beschäftigung mit den Themenfeldern ein: durch andere Broschüren, durch Seminare und Veranstaltungen und einer gemeinsamen Diskussion. Eine Linkliste für weitere Informationen findet sich am Ende des Infoheftes.

Landesaufnahmestelle

Besuch der Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Eisenberg: Eine Zukunft in Rudolstadt? Ein Bericht.

Von Martin Arnold

Eisenberg: Ein Rückblick

Wir haben bereits viel über die inhumanen Zustände in der Landesaufnahmestelle Eisenberg berichtet. Die angebrachte Kritik bezog sich dabei im Wesentlichen auf die unzureichende medizinische Versorgung, die Einschränkung der persönlichen Freiheit, die teilweise unzumutbare Unterbringungssituation und nicht zuletzt den rauen, diskriminierenden Umgangston einiger Beschäftigter.

Im vergangenen Jahr verliehen die in Eisenberg untergebrachten Flüchtlinge ihrer Frustration Ausdruck und organisierten Proteste und einen Streik. Der Flüchtlingsrat Thüringen unterstrich die Forderungen nach einer menschenwürdigen Unterbringung in der LAsT Eisenberg mit einem offenen Brief an den Innenminister, Herrn Geibert.

Zudem folgte zur Klärung der Vorwürfe eine Petition an den Thüringer Landtag. Das Innenministerium wies alle angebrachten Vorwürfe zurück – dem widersprechen jedoch die zahlreichen Berichte der Geflüchteten. Die Schilderungen wiederholen sich, obwohl jede(r) Asylsuchende eine maximale Unterbringungsdauer von 3 Monaten in Eisenberg hat.

Aktuelle Situation

Was hat sich bis heute geändert? Viele Probleme finden ihren Ausgangspunkt in der schlechten Bausubstanz und der zu geringen Größe der LAsT. So konnte dem gesetzlichen Anspruch von 6 Quadratmeter Wohnraum pro Flüchtling nur mittels Aufstellen zusätzlicher Wohncontainer halbwegs gerecht geworden werden. Gebetsräume gibt es aktuell keine, Rückzugsmöglichkeiten oder andere Aufenthaltsräume für Sozialangebote reichen bei Weitem nicht aus. Dem Anspruch auf Privatsphäre kann so faktisch nicht entsprochen werden. Auch eine angemessene Betreuung von bis zu 100 Kindern ist in zwei als „Kindergarten“ eingerichteten Räumen kaum vorstellbar. Hinzu kommt, dass 2013 die Zahl der untergebrachten Asylsuchenden zunahm. Das Landesverwaltungsamt versprach daraufhin für 2014 den Ausbau der medizinischen und sozialen Betreuung. Jedoch sind viele denkbare Verbesserungen der Zustände in Eisenberg durch die mangelhafte Bausubstanz limitiert.

Eine alternative Aufnahmestelle

Nun sucht das Land Thüringen nach einer neuen Erstaufnahmestelle. Genaue Auskünfte zu möglichen Liegenschaften gab es seitens des Innenministeriums nicht. Der Landrat des Kreises Saalfeld-Rudolstadt, Hartmut Holzhey, brachte das ehemalige Rudolstädter Krankenhaus als mögliche Aufnahmestelle ins Gespräch. Schließlich folgten am 16.04.2014 unter anderem MitarbeiterInnen des Landratsamtes, KommunalpolitikerInnen und VertreterInnen des Flüchtlingsrates Thüringen der Einladung des Landrats nach Rudolstadt. Der Besichtigung des Geländes in Rudolstadt ging ein Besuch der aktuellen LAsT Eisenberg voraus.

Am Mittwochmorgen erreichten wir vom Flüchtlingsrat – Madeleine Henfling, Ellen Könnecker, Christian Schaft und



Martin Arnold – die Landesaufnahmestelle in Eisenberg. Ein bedrückendes Gefühl überkam uns bereits beim Betreten der mit massiven Gittern geschützten Eingangsschleuse. Der Zutritt zum Gelände ist streng limitiert, privaten Besuch dürfen die dort lebenden Menschen nicht empfangen. Wir und die VertreterInnen von Politik, Verwaltung, Presse und Kirche durften an diesem Tag hinein. Burkhard Zamboni ist Leiter der LAsT Eisenberg und führte den Rundgang.

Der nicht hinnehmbare Zustand der Aufnahmestelle wurde allen zu teil. Die dort erlebten Bilder verfehlten ihre Wirkung bei den Anwesenden nicht, so räumten einige BesucherInnen ein, selber nicht so wohnen zu wollen. Christian Fischer, Manager der Klinik in Rudolstadt, sagte später: „Wir sollten ihnen nicht noch die Menschenwürde neh-

Fortsetzung von Seite 9

men, indem wir sie anfeinden und so unterbringen wie in Eisenberg.“ Es zweifelte nunmehr keiner, dass sich etwas ändern müsse.

Nachdem die Ausgangssituation in Eisenberg nachvollzogen werden konnte, fuhr die Delegation anschließend nach Rudolstadt. Dort angekommen, fielen uns als erstes Transparente mit der Forderung „Kein Asyl-Lager Mitten in Rudolstadt“ auf. Landrat Holzheys Vorstoß wurde bereits von der lokalen Presse und den ansässigen BürgerInnen wahrgenommen. Eine Bürgerinitiative mit diffusen Forderungen ist für die Plakatierung verantwortlich. Bisher konnte noch kein konstruktives Gespräch mit der BI geführt werden. Nicht zuletzt, weil diese bisher wenig geschlossen und gesprächsbereit auftrat. Zudem zögert aktuell der Rudolstädter Bürgermeister Jörg Reichl, einen breiten und öffentlichen Diskurs anzuregen. Der Bürgertisch in Rudolstadt wird als Plattform kaum wahrgenommen und scheint für einen öffentlichen Diskurs nicht ausreichend.

Nach dem Rundgang – geleitet vom Klinikleiter Christian Fischer – wurde klar, dass die ehemalige Klinik in Rudol-

stadt wesentlich bessere Ausgangsbedingungen für eine Erstaufnahmestelle stellt. Das Gelände ist wesentlich größer. Es gibt mehr einzelne Gebäude und somit die Möglichkeit, Rückzugs- und Betreuungsräume in ausreichender

Größe einzurichten. Die Bausubstanz selbst ist intakt und modernisiert.

Natürlich kann an dieser Stelle nur die Rede von baulichen Ausgangsbedingungen sein.

Der respektvolle Umgang mit Geflüchteten sowie eine menschenwürdige Versorgung und Ausgestaltung in einer neuen LASt sind nicht automatisch gegeben. Die noch bis Juni 2015 als psychiatrische Klinik genutzte Liegenschaft in Rudolstadt bietet somit zunächst einmal einen geeigneteren Rahmen. Darüber waren sich auch alle anwesenden VertreterInnen einig. Die Entscheidung des Innenministeriums bleibt abzuwarten. Bereits jetzt muss aber auf die Ressentiments und Sorgen der BewohnerInnen Rudolstadts eingegangen werden. Vorurteilen und unsachlichen Äußerungen ist entschieden und zeitnah entgegen zu treten. Dazu braucht es zivilgesellschaftliches und lokalpolitisches Engagement in Rudolstadt. Unsere Hilfe haben wir bereits angeboten.



Engagement für Flüchtlinge in Abschiebehaft

Gruppe zur Unterstützung Abschiebegefangener in Thüringen sucht Verstärkung

Von Hanne Adams

Abschiebungshaft ist die Inhaftierung von Menschen, die in Kürze abgeschoben werden sollen. Sie kann bis zu 18 Monate dauern. Die Haftbedingungen werden von den Bundesländern unterschiedlich ausgestaltet. Auch in Thüringen werden in der JVA Suhl-Goldlauter männliche Abschiebehäftlinge untergebracht – für Tage, Wochen oder auch viele Monate.

Bereits seit vielen Jahren existiert unsere kleine Gruppe engagierter Menschen, die alle zwei Wochen für etwa zwei Stunden Abschiebegefangene in der JVA Suhl Goldlauter besuchen. Wir hören den Inhaftierten zu und versuchen,

sie bei ihren Anliegen zu unterstützen – zum Beispiel durch Anrufe bei ihrem Rechtsanwalt oder bei Personen, die ihnen nahe stehen. Wir tun das im Rahmen des Evangelischen Kirchenkreises "Henneberger Land" (Suhl), sind aber nicht alle Kirchenmitglieder. Wir arbeiten ehrenamtlich, die Fahrtkosten werden erstattet.

Wir suchen dringend engagierte MitstreiterInnen und freuen uns über Ihr und Euer Interesse! Kontakt zur "Abschiebehäftgruppe" über: Adelino Massuvira, Tel.: 03681-308193, E-Mail: cabanasuhl@hotmail.de.

In eigener Sache

Neues Projekt des Flüchtlingsrates Thüringen e.V.: „Für Flüchtlingsschutz und humane Aufnahmebedingungen – Gegen rechte Stimmungsmache in Thüringen“

Am 15. April startete ein neues Projekt beim Flüchtlingsrat Thüringen. Der Fokus des Projektes „Für Flüchtlingsschutz und humane Aufnahmebedingungen – Gegen rechte Stimmungsmache in Thüringen“ liegt auf der antirassistischen Arbeit in den einzelnen Landkreisen und Städten. Pro Asyl finanziert das Projekt mit einer halben Stelle für ein Jahr.

Zur Notwendigkeit des Projektes:

Am 25. Mai 2014 finden die Europawahlen und die Thüringer Kommunalwahlen, am 14. September 2014 die Landtagswahlen in Thüringen statt. Die NPD Thüringen hat das Thema Asyl bereits in den Bundestagswahlen zu einem ihrer Kernthemen gemacht und folgend Kundgebungen organisiert, Bürgerproteste unterstützt und rassistische Flyer verteilt. Manifest rechtsextreme Strukturen treffen aktuell auf bürgerliche Ressentiments und rassistische Einstellungspotenziale.

Zudem haben die gestiegenen Flüchtlingszahlen in Thüringen bislang zur Neueröffnung von sogenannten „Gemeinschaftsunterkünften“ nur in Greiz und Jena geführt. In anderen Regionen werden die bestehenden „Gemeinschaftsunterkünfte“ voll bis übertoll belegt und/ oder Flüchtlinge werden dezentral in Wohnungen untergebracht. Hinzu kommt, dass es insbesondere im ländlichen Raum Thüringens kaum unabhängige Beratungs- und Betreuungskonzepte für geflüchtete Menschen gibt. Das durch die anstehenden Wahlen erhöhte Aktions- und Mobilisierungspotenzial von Rechts bietet eine enorme Gefahr. Die wenigen zivilgesellschaftlichen Strukturen sowie die kommunalen VerantwortungsträgerInnen sind oft überfordert und kaum im Stande, nachhaltig gegen die rechtsextreme Stimmungsmache anzugehen.

An dieser Stelle setzt das Projekt an. Ziel ist es, interessierte Einzelpersonen, Organisationen und Initiativen über die

Asylthematik zu informieren, zu sensibilisieren und zu qualifizieren. So können Anregungen für konkrete Unterstützungsmöglichkeiten für Flüchtlinge und Möglichkeiten für eine humane Flüchtlingspolitik aufgezeigt werden. Darüber hinaus sollen nicht-rassistische und antirassistische Strukturen vor Ort nachhaltig gestärkt und ein menschenfreundlicher Diskurs etabliert werden. Letztlich können nur so die Bedingungen für eine Willkommenskultur in Thüringen geschaffen werden.

Konkret werden vor Ort Schulungen und Vorträge initiiert, um regionale AkteurInnen wie etwa Bürgerinitiativen und Runde Tische mit Hintergrundinformationen, Argumenten und kommunalen Handlungsmöglichkeiten zu versorgen. Die Vernetzung der bereits vorhandenen Initiativen soll dabei auch von großer Bedeutung sein. Gleichzeitig fungiert das Projekt als Ansprech- und Gesprächspartner bei Beratungs- und Unterstützungsanfragen. So kann frühzeitig auf entstehende Probleme reagiert und gemeinsam Strategien gegen rechte/rassistische Stimmungsmache und für menschenwürdige Aufnahmebedingungen in den Regionen erarbeitet werden.

Darüber hinaus findet anlässlich des "Internationalen Tag des Flüchtlings" am 20. Juni 2014 eine Podiumsdiskussion mit den migrationspolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen statt. Dabei werden die Ziele für eine menschenwürdige Aufnahmepolitik in Thüringen diskutiert und sich über die Maßnahmen gegen rechte Stimmungsmache ausgetauscht. Außerdem findet zum Tag des Flüchtlings in der Interkulturellen Woche im September 2014 eine Film-Veranstaltung und Diskussion zur Lebenswirklichkeit von Flüchtlingen in Kooperation mit dem Projekt Interreligiöser Dialog Erfurt statt.

Projektmitarbeiter und Ansprechpartner ist seit dem 15. April 2014 Martin Arnold, Büro: Warsbergstraße 1, 99092 Erfurt, Tel.: 0361-2172720.

Erfurt – Abschiebung aus der Schule

Flüchtlingsrat kritisiert Abschiebung mazedonischer Familie aus Erfurt aufs Schärfste

Von Sabine Berninger

Am Dienstag, 8. April 2014, dem Internationalen Tag der Roma, wurde in Erfurt eine dreiköpfige Roma-Familie – Elvira D. und ihre beiden Kinder – unvorbereitet nach Mazedonien abgeschoben. Der Flüchtlingsrat kritisierte diese Maßnahme auf das Schärfste und forderte die Thüringer Landesregierung auf, umgehend dafür Sorge zu tragen, dass sich eine solche Vorgehensweise nicht wiederholt. „So geht man mit Menschen nicht um. Sowohl Ausländerbehörde als auch

Landesverwaltungsamt sind keinesfalls verpflichtet, derart rigide und ohne Terminankündigung Menschen aus ihrem Lebensumfeld zu reißen!“, so Sabine Berninger, Vorstandsmitglied, in der Pressemitteilung vom 16.04.2014.

Der Flüchtlingsrat kritisierte insbesondere, dass offenbar nicht alles Mögliche versucht worden war, um vor allem den Kindern die traumatisierende Erfahrung einer Ab-

Fortsetzung von Seite 11

schiebung zu ersparen. Dass augenscheinlich die Betroffenen nicht über den akut bevorstehenden Termin Bescheid wussten und die Kinder von Polizeibeamten aus der Schule geholt wurden und somit keine Gelegenheit hatten, persönliche Sachen zu packen und sich von ihren FreundInnen und Bekannten in Erfurt zu verabschieden, machte die Abschiebung absolut unverhältnismäßig. Der Flüchtlingsrat bezeichnete als Skandal, dass offensichtlich die traumatisierenden Auswirkungen, die eine solche Abschiebung besonders auf Kinder und deren psychische Gesundheit haben kann, billigend in Kauf genommen wurden. „Auch, dass die Schule kein geschützter Raum für die Kinder war und das Kindeswohl keine Beachtung gefunden hat, kann nicht kommentarlos hingenommen werden.“ Die Ausländerbehörde Erfurt wurde aufgefordert, durch Aufhebung der Wiedereinreisesperre wenigstens die Rechtsfolgen der Abschiebung zu mildern.

In den vergangenen Monaten hatte es Berichte über ähnliche Praktiken in anderen Thüringer Städten gegeben. Dabei gibt es für die Ausländerbehörden sehr wohl erheblichen Spielraum, Abschiebungen weitgehend zu verhindern: Durch intensive Gespräche mit den Betroffenen, Beratung und Information über die aufenthaltsrechtliche Situation und die Konsequenzen einer Abschiebung. Dazu fehlen offensichtlich einheitliche Anweisungen an die Thüringer Ausländerbehörden ebenso wie eine Transparenz, wann und in welcher Form Abschiebungstermine den Betroffenen vorher angekündigt werden müssen.

Am 5. Mai übergab der UnterstützerInnenkreis den LehrerInnen der Erfurter Johannesschule einen offenen Brief, in

dem sie an die abgeschobenen Schülerinnen erinnert werden. „Als PädagogInnen hätte es in der Macht der Lehrerinnen und Lehrer der Johannesschule Erfurt gelegen, Elmedina und Riana vor der Verschleppung zu schützen. Sie hätten „Nein“ sagen können, als Leute in Uniformen, die es in jedem Kostümverleih gibt, ihre Schule betreten und die Herausgabe von Schutzbefohlenen forderten. Und das, ohne jemals von ihnen nach der Einwilligung von Sorgeberechtigten oder der Rechtsgrundlage der Herausgabe gefragt worden zu sein.“

Aus der Pressemeldung des UnterstützerInnenkreises vom 8.4.2014:

„[...] Um 14.00 Uhr verschafften sich zivil gekleidete BeamtInnen Zugang zur Wohnung von Elvira D. Sie zwangen die junge Mutter dazu, innerhalb einer Stunde das Nötigste zusammen zu packen. Ihre zwei neun- und zehnjährigen Töchter durften selbst keine Sachen einpacken. Sie wurden von einer zweiten Polizeigruppe unter den Augen ihrer MitschülerInnen aus der Johannesschule Erfurt weggeholt. Darauf angesprochen, sahen die LehrerInnen der Grundschule auch kein Problem darin, dass Kinder einfach so von uniformierten BeamtInnen mitgenommen werden. [...] Innerhalb von einer Stunde war alles vorbei. Spontaner Protest vor der Wohnung der Familie wurde durch fünf unmittelbar herbeigerufene Polizeifahrzeuge im Keim erstickt. Deshalb gab es um 18.00 Uhr eine spontane Demonstration in der Erfurter Innenstadt, bei welcher lautstark gegen die Abschiebung protestiert wurde [...].“

Kontakt zum UnterstützerInnenkreis: elvira-support@ri-seup.net oder [facebook.com/ElviraElmedinaRiana](https://www.facebook.com/ElviraElmedinaRiana)

Breitenworbis**Flüchtlinge in Breitenworbis fordern Schließung des Lagers & dringende Verbesserung der Lebensumstände**

Pressemitteilung The Voice / Flüchtlingsrat Thüringen

Die Sitzung des Eichsfelder Kreistages Ende März war hitzig und die Thüringer Lokalmedien schenkten ihr zu Recht besondere Beachtung. Die Flüchtlingsinitiative The Voice und Flüchtlinge aus dem Lager vor Ort ließen sich nicht unterkriegen und machten in der Sitzung deutlich, dass sie es mit ihren Forderungen ernst meinen, dass das Lager in Breitenworbis geschlossen werden muss.

Vorausgegangen waren diesem Protest Aussagen von LokalpolitikerInnen in der Thüringer Allgemeinen Zeitung. Der Landrat Henning (CDU) meinte zur Lebenssituation der Geflüchteten, dass es "Richtig ist, dass sich die Gemeinschaftsunterkunft circa einen Kilometer und damit in einer zumutbaren Entfernung von der Ortsmitte der Gemeinde Breitenworbis befindet und über eine gute Busanbindung, insbesondere im Wege der Schülerbeförderung, verfügt" (TA 17.03.2014). So reagierte er auf die Kritik des SPD Fraktionschefs im Eichsfelder Kreistag, der das Lager

Anfang März harsch kritisierte, weil die Zustände untragbar sind.

AktivistInnen von The Voice sahen das berechtigterweise ebenfalls anders. Sie machen bereits seit 3 Jahren auf die schlechten Lebensbedingungen der Geflüchteten aufmerksam. Vor allem im Herbst und Winter stellt der lange Fußweg die Geflüchteten immer wieder vor Herausforderungen und auch die Bushaltestelle vor dem Lager gewährleistet keine regelmäßigen Beförderungsmöglichkeiten. Das war auch der Grund für Osaren Igbinoaba und Mahmoud Yassine vor Ort den Offenen Brief mit den Forderungen der Flüchtlinge an die Kreistagsmitglieder zu verteilen. Die AktivistInnen fordern u.a. die Schließung aller Lager - nicht nur in Breitenworbis - und die Möglichkeit, selbstbestimmt und in Einzelunterkünften und somit Wohnungen leben zu können. Demütigende Gesetzespraxen und Sondergesetzgebungen für Geflüchtete müssen ein Ende haben und die Betroffenen einen ausreichenden Zu-

Fortsetzung von Seite 12

gang zu medizinischer wie psychologischer Versorgung erhalten, so die AktivistInnen.

Das der Landrat und auch die CDU wie die FDP Fraktion die Situation der Geflüchteten nicht sonderlich zu interessieren scheint, wurde auch deutlich. Wie die TA, OTZ und TLZ am 27. März berichteten, hat Landrat Henning demonstrativ vor den Augen der The Voice AktivistInnen

In eigener Sache

Bitte um Einreichung von Vorschlägen für den Preis für Engagement 2014 und Preis für die größtmögliche Gemeinheit 2014

Anlässlich des „Tages des Flüchtlings“ am 26. September 2014 verleiht der Flüchtlingsrat Thüringen e.V. 2014 zum 12. Mal wieder einen „Preis für die größtmögliche Gemeinheit“ sowie zum 8. Mal „einen Preis für Preis für herausgehobenes Engagement für die Rechte von Flüchtlingen“.

„Preis für die größtmögliche Gemeinheit“:

Den „Preis für die größtmögliche Gemeinheit“ können Behörden, Institutionen, Einzelpersonen u.a. erhalten, die herausragende Anstrengungen bei der Diskriminierung und Ausgrenzung von Flüchtlingen unternommen haben. Besonders „gewürdigt“ werden dabei vorauseilender Gehorsam, die exzessive Verletzung von Persönlichkeitsrechten sowie außergewöhnliche Bemühungen, die (rechtliche) Lage von Flüchtlingen in Thüringen (weiter) zu verschlechtern.

„Preis für herausgehobenes Engagement für die Rechte von Flüchtlingen“:

Um Menschen in Thüringen zu würdigen, die sich seit langer Zeit und/oder in besonderem Maße für die Rechte von Flüchtlingen und eine Verbesserung ihrer Lebenssituation einsetzen, lobt der Flüchtlingsrat jährlich einen „Preis für herausgehobenes Engagement für die Rechte von Flüchtlingen“ aus. Diesen Preis können Menschen, Initiativen, Vereine u.a. erhalten, die sich ehrenamtlich engagieren, Zeit und oftmals auch Geld investieren, um manchmal „nur“ im Kleinen konkret zu helfen. Auch in diesem Jahr wollen wir einen Preis für herausgehobenes Engagement für die Rechte von Flüchtlingen ausschreiben und vergeben. Der Preis ist mit 100 Euro dotiert.

zunächst den Offenen Brief zerrissen. Anschließend wurde mit den Stimmen von CDU und FDP der Tagesordnungspunkt und so eine Diskussion über das Lager von der Tagesordnung genommen. Die Refugee AktivistInnen haben aber deutlich gemacht, sie geben den Kampf für ein selbstbestimmtes Leben der Geflüchteten nicht auf und bleiben vor allem auch in Breitenworbis weiter dran, die Situation zu verbessern.

Wir rufen alle Personen und Initiativen auf - wie in den vergangenen Jahren - Vorschläge einzureichen, wer die diesjährigen Preise erhalten soll.

Der Vorstand des Flüchtlingsrates Thüringen e.V. wird unter den eingereichten Vorschlägen den/ die diesjährige/n Preisträger/in auswählen. Der Preis wird am 26.09.2014, am Tag des Flüchtlings verliehen.

Hinweis: Wir gehen davon aus, dass mit allen eingereichten Vorschlägen die Zustimmung erfolgt, diese zu veröffentlichen.



Wir bitten um das Einsenden von Vorschlägen für beide Preise bis zum 08.08.2014 mit einer kurzen aussagekräftigen Begründung an:

Flüchtlingsrat Thüringen e.V., Warsbergstr. 1, 99092 Erfurt
 E-Mail: info@fluechtlingsrat-thr.de
 Fax: 0361 - 21 72 72 7

Engagement in Thüringen

Jena: Der solidarische Leuchtturm Thüringens?

Von Janine Eppert/ „Initiative für Flüchtlinge in Jena“

Wie auch in anderen Städten und Gemeinden steigt die Zahl der Asylsuchenden in Jena. Aktuell wird dabei für das laufende Jahr 2014 von etwa 200 Menschen ausgegangen, dies entspricht ca. 0,2% der Jenaer Bevölkerung. Die Geflüchteten in Jena unterzubringen sollte für die Stadt daher keine größere Hürde darstellen, kommen doch auch Jahr für Jahr hunderte neue StudentInnen nach Jena, die hier auch weitgehend herzlich begrüßt werden.

Die Stadtverwaltung Jena war ebenso wie andere Kommunen über die Prognosen der Zahl der eintreffenden Flüchtlinge informiert, reagierte jedoch nicht zeitnah. „Plötzlich“ stand man vor der Aufgabe, Flüchtlinge in Jena unterzubringen, für die es weder bedarfsgerechten noch ausreichenden Wohnraum gab. Heute wird diese fehlende Vorbereitung als Fehler eingestanden, die Konsequenzen trugen jedoch die ankommenden Flüchtlinge. So wurden sie vorübergehend in einem Obdachlosenheim untergebracht, in dem noch während des Einzugs sanitäre Einrichtungen eingebaut wurden und eine Flüchtlingsfamilie von einem Obdachlosen körperlich bedroht wurde.

Bis heute besteht in Jena kein wirkliches Konzept zur Unterbringung, was in der Konsequenz auch bedeutet, dass es keine ausreichende Reaktion seitens der Stadtverwaltung auf rassistische Mobilmachungen aus der Bevölkerung und durch rechte Gruppierungen gibt. Bei einer öffentlichen Ortsteilratsitzung im Stadtteil Lobeda wurden Anfang des Jahres die AnwohnerInnen darüber informiert, dass geplant ist, vor Ort eine neue Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge zu bauen. Sofort kam es zu fremdenfeindlichen Redebeiträgen, bei denen selbst ein Mitglied des Ortsteilrats kräftig mitmischte. Den anderen Mitgliedern des Ortsteilrates und der Stadtverwaltung war die Situation sichtlich unangenehm, sie versuchten an den humanistischen Gedanken anzuknüpfen, wirkten aber schlichtweg überfordert. Unabhängig davon ist in Jena kaum noch die Rede von „dezentraler Unterbringung“, mit der bestehenden Wohnungsknappheit wird seitens der Stadtverwaltung der Bau einer neuen Gemeinschaftsunterkunft begründet, welche laut Ausschreibung 6 Quadratmeter „Wohnfläche“ pro Flüchtling vorsieht.

Bereits im Herbst 2013 haben sich Menschen zusammengefunden, die die Situation als nicht tragbar empfinden und schließlich die „Initiative für Flüchtlinge in Jena“ gründeten. Die Initiative versteht sich als ein flüchtlingsolidarischer Zusammenschluss von zivilgesellschaftlichen AkteurInnen, die sich im Einzelnen seit Jahren für Geflüchtete einsetzen und auf verschiedenen Ebenen in Jena agieren. Sinn des Zusammenschlusses ist, die Perspektive von Geflüchteten zu stärken und sie vor Ort zu unterstützen. Grundsätzlich spricht sich die Initiative dafür aus, dass Flüchtlinge das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben und Wohnen (dezentrale Unterbringung), eine ordentliche Gesundheitsversorgung, einen leichteren Zugang zu Sprachförderung, soziale Unterstützungsangebote und eine gleichberechtigte Partizipation am gesellschaftlichen Leben erhalten.

Primäres Ziel war anfangs die Vernetzung derer, die einerseits mit Flüchtlingen zusammenarbeiten und derer, die durch einen Sitz im Stadtrat bestimmte Einflussmöglichkeiten besitzen. So wurden beispielsweise gemeinsam Anfragen an die Stadtverwaltung gestellt, um durch weitere Informationen eine Arbeitsgrundlage für spätere Forderungen und Anträge zu erarbeiten. Hieraus ist auch der Antrag entstanden, statt einer neuen Gemeinschaftsunterkunft Wohnungen zur Verfügung zu stellen oder gegebenenfalls ein Gebäude mit einzelnen Wohnkomplexen zu bauen. Dieser Antrag wird aktuell im Stadtrat und im Sozialausschuss diskutiert.

Neben den schon bestehenden rassistischen Ressentiments in der Bevölkerung wurden nach und nach auch Neonazis aus dem Umfeld der NPD und des Freien Netzes Jena aktiv. Es wurde die Facebook-Seite „Nein zum Heim in Lobeda“ gegründet, in Lobeda wurden Flugblätter und Zeitungen verteilt und gleichzeitig wurde eine Hetzkampagne gegen den vermeintlich Verantwortlichen, den Ortsteilbürgermeister von Lobeda eröffnet. Allerdings blieben die aus anderen Orten bekannten Kundgebungen und Demonstrationen gegen Flüchtlinge bisher aus.

Die rassistische Mobilisierung wurde als zentrales in den Fokus der Initiative für Flüchtlinge gerückt, wodurch u. a. eine Plakatkampagne unter dem Motto „Wer geflohen ist braucht Mut. Wir brauchen nur das Herz, das wir in uns tragen.“ ins Leben gerufen. Mit dieser sollte auf niedrigschwelliger Ebene zur Sensibilisierung der Bevölkerung beigetragen werden. Weiterhin wurde eine Inforunde zur Koordinierung mit verschiedenen anderen aktiven zivilgesellschaftlichen Gruppen etabliert, um in Jena gemeinsam und verstärkt gegen rassistische Hetze vorgehen zu können. Für die kommenden Monate sind weitere Plakatkampagnen und inhaltliche Veranstaltungen geplant, um über die Situation von Flüchtlingen zu informieren und Vorurteile auszuräumen. So gab es beispielsweise am 21. Mai eine Podiumsdiskussion zur gesundheitlichen Versorgung von Flüchtlingen, bei der auch zwei Ausstellungen im Stadtteilbüro Lobeda eröffnet wurden, die sich mit der Situation von Flüchtlingen beschäftigen.

Damit sich Flüchtlinge in Jena aber tatsächlich willkommen fühlen, muss sich noch vieles ändern. Es muss endlich Schluss sein mit der propagierten Belastungsmentalität. Es muss, vor allem von der Stadtverwaltung, ein klares Statement für die bedingungslose und selbstverständliche Aufnahme und Unterstützung von Geflüchteten ausgesprochen werden. Es sollte eine Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen AkteurInnen, die sich mit Flüchtlingen und für Flüchtlinge einsetzen, gesucht werden. Die Stadt Jena sollte antifaschistisches Engagement nicht nur in Dresden würdigen, sondern auch und vor allem dann, wenn sich in der eigenen Stadt rassistische Ressentiments ausbreiten. Jena ist eine Stadt wie jede andere auch, mit ähnlichen Problemen, die nur gemeinsam durch die Solidarität mit Geflüchteten und einem menschenwürdigen Grundverständnis zu lösen sind.

*Engagement in Thüringen***Flüchtlinge – Eine Bereicherung für unsere Kultur.****Ein Erfahrungsbericht aus der Ev.-Freikirchlichen Gemeinde Erfurt**

Von Tatjana Hermann

Vor drei Jahren standen sie auf einmal in unserem Gottesdienst: Drei iranische Familien. Sie hatten Hals über Kopf den Iran und alles, was ihr bisheriges Leben ausmachte, verlassen, weil das iranische Regime eine ausgedehnte Verhaftungswelle unter den verbotenen christlichen Hauskreisen angeordnet hatte. Ihre Hauskreisleiter waren bereits verhaftet und deren Wohnungen auf Hinweise über Teilnehmer durchsucht worden.

Schlagartig waren wir konfrontiert mit einer anderen Welt. Es beschämte uns in unserem Wohlstand und in unserer für selbstverständlich genommenen Freiheit, dass hier Menschen vor uns standen, die aufgrund ihres Glaubens alles aufgegeben hatten. Ihre Not erschütterte uns. Als Geschwister im christlichen Glauben fühlten wir uns sofort mit diesen Flüchtlingen verbunden. Es schien uns über die Sprachschwierigkeiten und kulturellen Unterschiede hinweg mehr zu verbinden als zu trennen. Wir organisierten Patenschaften. Die ganze Kirchengemeinde nahm Anteil und jeder steuerte bei, was er geben konnte. Der eine praktische Hilfe, der andere materielle oder auch finanzielle Hilfe. Und es kamen weitere Flüchtlinge, auch aus Afghanistan. Insgesamt sind es jetzt um die dreißig Flüchtlinge, die zu uns kommen.

Wir stellten bald fest, dass die praktischen

Nöte nicht die nötigsten waren. War es vor drei Jahren noch die unmittelbare Hilfe mit Gutscheintausch, Deutschunterricht, Behördengängen, Begleitung zum Sozialamt oder zu Schulleitungen und Ärzten, verlagerte sich allmählich der Schwerpunkt unserer Hilfe. Viel größer als die praktische war die seelische Not. Wir erlebten mit den Flüchtlingen zusammen die scheinbare Endlosigkeit des Wartens auf das positive Ende des Asylverfahrens. Die Ungewissheit, was werden würde. Und die Gängelung durch die Auflagen des Asylbewerberleistungsgesetzes. Wir

bekamen mit, wie „unsere“ Flüchtlinge in der Woche, wenn sie allein in ihren Asylunterkünften saßen, vor Heimweh weinten. Wie sehr sie ihre Familien, die sie zurückgelassen hatten, vermissten. Und wie sehr sie auch ihre Kultur vermissten.

Und wir begannen, Geschmack an ihrer Kultur zu finden. Zunächst ganz buchstäblich entdeckten wir die orientalische Küche als Bereicherung für unseren eigenen Speisezettel. Wir organisierten ein iranisches Kulturfest. Mit Interviews, einer Fotopräsentation und einem anschließenden Fest mit Musik und Tanz tauchten wir ein in die iranische Kultur.

Ihre Kultur und Lebensweise wurde zum Spiegel unserer eigenen Kultur. In dem, wie sie sind, erkannten wir, wie wir



Picknick im Garten zum persischen Neujahrsfest

sind, bzw. wie wir nicht sind. Wir erappten uns dabei, dass wir immer meinten, fertig zu sein, wenn wir ein Problem gelöst hatten, und wieder nach Hause gehen wollten, während unsere ausländischen FreundInnen eigentlich dann erst anfangen wollten, mit uns Gemeinschaft zu haben. Wie oft haben sie uns noch zum Essen eingeladen.

Oder ihre Freundlichkeit und ihr Respekt gerade älteren Menschen gegenüber zeigten uns, wie rücksichtslos wir oft sind. Und ihr Humor und ihre Scherze überführten uns

Fortsetzung von Seite 15

manches Mal unserer eigenen Verbissenheit.

Wir lieben es, zusammen und zusammen unterwegs zu sein. Die Natur hilft, die Kluft der Kultur zu vergessen. Besondere Momente unbeschwerter Freude erleben wir immer wieder auf gemeinsamen Ausflügen. Ob zur Grundmühle in Tiefstal, Picknick im Freien oder Obsternte im Herbst. Oder wir besuchen zusammen Veranstaltungen der verschiedenen Flüchtlingsinitiativen. Höhepunkt war die Teilnahme einer „unserer“ Iraner an einer Theaterproduktion in Jena. Und natürlich sind wir auch auf Demons-



Ein Ausflug ins Grüne

trationen gegen Rechtsextremismus dabei. Und natürlich haben wir auch das persische Nowruz-Fest gefeiert. Außerdem treffen wir uns hier in Hauskreisen und erfreuen uns der Religionsfreiheit in diesem Land.

Doch Religionsfreiheit ist auch hierzulande noch nicht jedem selbstverständlich: Leider erleben die Flüchtlinge unserer Gemeinde auch in Deutschland, dass ihnen von manchen ihrer eigenen Landsleute diese Freiheit oft nicht zugestanden wird. Viele haben deswegen Angst und trauen sich gar nicht erst, zu uns zu kommen. Das macht uns traurig und oft auch ärgerlich – zum Beispiel, wenn sie als zum Christentum konvertierte IranerInnen und AfghanInnen von muslimischen Landsleuten beschimpft werden, weil bekannt geworden ist, dass sie in die Kirche gehen. Bei

einem unserer afghanischen Gemeindemitglieder standen eines Tages fünf Männer aus der Moschee vor der Tür, bedrohten und beschimpften ihn. Er wehrte sich tatkräftig und bekam dann noch eine Anzeige an den Hals. Das nächste Mal soll er uns sofort anrufen, haben wir ihm gesagt.

Insofern müssen wir unsere Aussagen über gelingende Interkulturalität auf unsere Erfahrung mit denjenigen MigrantInnen einschränken, die bereits im Vorfeld eine Entscheidung getroffen haben für Freiheit und für Gleichberechtigung. Denn wer im Iran den christlichen Glauben

annimmt, tut das nicht unbedingt nur aus religiösen, sondern auch aus politischen Gründen. Es ist ein Bekenntnis für Freiheit und allgemeine Menschenwürde.

Aus Afghanistan, aus dem Iran, aus Syrien, aber auch aus dem Kongo, aus Indonesien und Cuba: Heute ist es eine bunt gemischte Gruppe von MigrantInnen, die zu uns zählt. Weiterhin beschäftigen uns ihre existentiellen Nöte: bei der Wohnungssuche, bei der Hilfe für ein behindertes syrisches Kind und auch in bei der Vermittlung in rechtlichen Dingen.

Zurzeit haben wir eine Kampagne für den Nachzug von zwei afghanischen Kindern angestoßen, die auf der Flucht von ihren Eltern getrennt worden sind, und nun im Iran unter schlimmsten Verhältnissen und Bedrohungen

leben. Wir hoffen, dass wir genügend Unterschriften sammeln können, um uns beim Bundespräsidenten Gehör zu verschaffen.

Wenn wir ihr Leben beschneiden, beschneiden wir uns selbst. Im Bewusstsein dessen, was sie verloren haben, versuchen wir, unseren Flüchtlingen hier in Deutschland ein Stück neue Heimat, neue Familie und neuen Lebenssinn zu geben. Das kann gelingen, wenn wir ihnen deutlich machen, dass nicht nur sie uns, sondern genauso auch wir sie brauchen. Sie sind eine Bereicherung für unsere Kultur. Und für diese Botschaft wollen wir auch öffentlich eintreten.

*Engagement in hüringen***Unterstützung im Flüchtlingsheim**

Von Dolly Schüler

„Doooooooooly, Doooooooooly!“ schallt es durch die Luft. Jedes Mal wenn die Kinder mich entdecken, wie ich gerade im Flüchtlingsheim ankomme, springen sie mir freudig entgegen, klammern sich an mir fest und umarmen mich. Was kann es Schöneres geben? Seit etwa einem Jahr arbeite ich in Weimar wöchentlich mit einer Familie zusammen, ich bezeichne sie oft liebevoll als „meine Familie“. Sie sind Roma aus Mazedonien mit sechs lebenslustigen Kindern, zwei davon Mädchen. Die Jüngste ist erst dieses Jahr auf die Welt gekommen.

Eine feste Aufgabe gibt es für mich nicht, sondern wir besprechen jede Woche aufs Neue, was noch zu erledigen ist. Entweder helfe ich bei den Hausaufgaben, lese Briefe vor, fülle Dokumente aus oder helfe bei anderen Problemen. Wenn all diese Dinge erledigt sind oder in dieser Woche nichts weiter angefallen ist, dann sitzen wir gerne gemütlich zusammen oder ich spiele mit den Kindern. Das ist bei sechs Kindern gar nicht so einfach, denn JedeR möchte ungeteilte Aufmerksamkeit haben.

Langeweile kommt hier nie auf, denn in der kleinen Wohnung herrscht immer ein lebhaftes Durcheinander. Oft kommen Freunde und Bekannte zu Besuch, oder auch Familie. Der Bruder des Vaters, seine Frau und die vier Kinder sind oft dort, denn sie wohnen ebenfalls im Weimarer Flüchtlingsheim. Manchmal bringe ich auch Freunde aus Jena mit, die immer herzlich begrüßt, in die Wohnung eingeladen und von den Kindern mit Fragen gelöchert werden. Die Verständigung klappt gut, weil sowohl die Kinder als auch die Eltern schon gut Deutsch sprechen.

Neben den wöchentlichen Treffen erledigen wir noch andere Termine, wenn beispielsweise ein wichtiger Arztbe-

such, ein Schulgespräch oder der Gang zu einer Behörde anstehen. Dabei begleite ich die Familie, helfe bei der Übersetzung und bei Verständigungsproblemen. Viel Spaß machen die Ausflüge mit den Kindern am Wochenende, zum Beispiel ins Schwimmbad nach Jena, zum Eis essen, in den Zoo und auf den Spielplatz. Hier sind die Kinder immer schon tagelang aufgeregt und können es gar nicht erwarten. Die Zeit mit „meiner Familie“ ist für mich besonders wertvoll und auch wenn ich jedes Mal erschöpft nach Hause gehe, habe ich doch immer ein Lächeln auf den Lippen. Durch die Zusammenarbeit mit der Familie lerne ich neue Dinge und mache sehr viele Erfahrungen. Sie bringen mir ihre Kultur nahe, beantworten Fragen zu den unterschiedlichsten Bräuchen und Traditionen oder bekochen mich mit typischen Speisen aus ihrer Heimat.



So war auch der 8. April, der Tag der Roma, ein wichtiger Tag für mich. Ich war schon lange vorher gespannt, denn ich wusste um die Bedeutung für alle Roma. Zusammen mit einer Freundin, anderen Flüchtlingen und Ehrenamtlichen sind wir in das Gemeindezentrum nach Weimar West gefahren und haben dort einen wunderschönen Abend verbracht. Die Initiative für Flüchtlinge Weimar hatte im Rahmen ihrer Themenwoche „Fluchtpunkt Europa – Perspektiven auf Asyl“ zu einer kleinen Feier geladen. Es wurde traditionelles Essen serviert, einige Roma sprachen über die Wichtigkeit dieses Tages, es wurde gelacht und getanzt. Obwohl ich ein ziemlich ungelenkiger Tänzer bin, hielt es mich und all die anderen Gäste nicht auf den Sitzen. Musik ist ein wichtiger Bestandteil der Kultur und nicht nur sie hat an diesem Abend alle Menschen in dem

Raum miteinander verbunden. Ich war sicher nicht die Einzige, die an diesem Abend wieder einmal mit einem breiten Grinsen nach Hause ging.

Ich denke, es kann nichts Schöneres geben!

Engagement in Thüringen

Schaut dem EU-Rat auf die Finger!

Von der Hochschul- und Städtegruppe (HSG) von Amnesty International in Jena

Besseres Wetter hätten wir uns nicht wünschen können. Mit Schwimmreifen und Plakaten bewaffnet machen wir uns früh am Morgen des 20. März auf zur Saale. An der Camsdorfer Brücke werden heute viele Menschen vorbeikommen. Genau der richtige Ort für uns also.

Wir, damit ist die Hochschul- und Städtegruppe von Amnesty International in Jena gemeint. Gemeinsam engagieren wir uns immer wieder für die Belange von Flüchtlingen. Am 12. Dezember 2013 – am Tag der Menschenrechte – haben wir Vorbeigehende auf dem Marktplatz mit Standbildern und Informationsbroschüren auf die Residenzpflicht für Flüchtlinge in Thüringen aufmerksam gemacht. Flüchtlinge, die hier gemeldet sind, dürfen das Bundesland nicht ohne Erlaubnis verlassen. Neben der Flüchtlingspolitik stehen natürlich noch zahlreiche andere Themen rund um die Menschenrechte auf unserem Programm.

Am 20. März nun soll es nicht mehr nur um Lokalpolitik gehen. Der Rat der Europäischen Union tritt für zwei Tage zu einem Gipfeltreffen zusammen. Ziel des Treffens ist es, „die strategischen Leitlinien in Bezug auf Migration und Asyl für die nächsten fünf Jahre“ zu entwickeln. Die meisten Menschen haben von diesem wichtigen Treffen noch überhaupt nichts mitbekommen. Aber Amnesty International hat für den 20. März einen europaweiten „Lampedusa-Tag“ ausgerufen, an dem in allen Städten über den EU-Gipfel informiert werden soll.

Engagement in Thüringen

Freundeskreis für Flüchtlinge Gera

Von Tanja Thoss

Der „Freundeskreis für Flüchtlinge Gera“ ist ein Zusammenschluss von Haupt- und Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsarbeit, von Interessierten, Flüchtlingen und auf dem Gebiet der Menschenrechte Engagierten. Wir sind solidarisch mit den in Gera lebenden Flüchtlingen und wollen sie in ihren so unterschiedlichen Lebenslagen unterstützen, fördern und ihnen so letztendlich eine gelingendere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unserer Stadt ermöglichen. Dazu gehört eben auch, die Geraer Bevölkerung für die Situation der Flüchtlinge zu sensibilisieren, um Vorurteile abzubauen und damit die Akzeptanz von geflohenen Menschen in der Stadt Gera zu erhöhen.

So unterstützen wir Flüchtlinge bei Sprachkursen und dem Erlernen der deutschen Sprache. Zudem arbeiten wir auf dem Gebiet der klassischen Einzelfallhilfe, zum Beispiel, wenn wir Flüchtlinge beim Übergang in einen gefestigten

Am Saaleufer angelangt, blasen wir Schwimmreifen und Luftballons auf. Wie schafft man es, Menschen zum Nachdenken zu bewegen? Wir lassen Schwimmreifen und Luftballons an einer langen Schnur von der Brücke in die Saale hinab. Sie sollen an die Not der Flüchtlinge gemahnen, die versuchen, über das Mittelmeer nach Europa zu kommen. Auf einer kleinen Insel in der Saale befestigen wir ein Schild. „SOS Europa“ steht darauf. Schließlich hängen wir zwei Plakate an das Brückengeländer. Hier können sich alle über den EU-Gipfel informieren.

Schon während des Aufbaus kommen Menschen und lesen die Plakate. Als wir unser Material wieder einpacken, bleibt eine Schulklasse mit zwei Betreuerinnen vor den Plakaten stehen. Was sich dort abspielt, können wir nicht genau erkennen. Vielleicht erklären die Frauen den Kindern gerade, warum Menschen ihre Länder verlassen und versuchen, in die EU zu flüchten. Vielleicht beschließen sie auch, morgen Abend genau die Tagesnachrichten zu verfolgen, weil sie wissen wollen, was der Europäische Rat beschlossen hat. So oder so hätten wir unser Ziel erreicht.

Viel ist bei dem Gipfeltreffen übrigens nicht herausgekommen. „[D]ie Union [ist] weiterhin entschlossen, eine gleichberechtigte Partnerschaft mit Afrika aufzubauen“ und sie „betont zudem, wie wichtig es ist, Fragen der Migration und Mobilität, einschließlich der irregulären Migration und der Bekämpfung des Einschleusens von Migranten und des Menschenhandels im Geiste gemeinsamer Verantwortung zwischen den Transit-, Herkunfts- und Zielländern anzugehen.“

Aufenthaltsstatus helfen. Wir sind behilflich bei den unterschiedlichsten Behördengängen oder der Wohnungssuche und Einrichtung.

Daneben bemühen wir uns über das gesamte Jahr, für die Flüchtlinge diverse Feierlichkeiten zu organisieren. So gibt es jedes Jahr eine vom Freundeskreis ausgerichtete Weihnachtsfeier für die BewohnerInnen der Gemeinschaftsunterkunft. Zudem unterstützen wir die Stadtverwaltung bei der Gestaltung des Sommerfestes für die BewohnerInnen der Unterkunft.

Auch machen wir uns für etliche politische Forderungen zur Verbesserung der Lebensumstände von Flüchtlingen stark. Dies sind zum Beispiel die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes, die Notwendigkeit dezentraler Einzelunterbringung, einen Abschiebestopp für Sinti und Roma und vieles mehr.

Literatur

Neuerscheinungen im INFO 2/2014

Rechtliche Vorgaben und deren Umsetzung bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Deutschland

Unbegleitete Minderjährige sind unter 18-Jährige, die ohne ihre Eltern oder Erziehungsberechtigten außerhalb ihres Herkunftslandes Schutz vor Verfolgung suchen. Das vom Deutschen Caritasverband und dem Referat Migration und Integration herausgegebene Arbeitsbuch stellt die rechtliche Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in Deutschland dar. 264 S., ISBN-10: 3784124348, 21 Euro

Neuaufgabe der Broschüre "Arbeitsmarktzugang von Flüchtlingen"



Die Broschüre "Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktzugangs von Flüchtlingen" wurde von der Autorin Barbara Weiser aktualisiert und steht jetzt bei www.asyl.net zum Download zur Verfügung. Die im Oktober 2012 erstmals als Beilage zum Asylmagazin erschienene Arbeitshilfe wurde vollständig überarbeitet. Sie

behandelt die Voraussetzungen, unter denen Asylsuchende, Personen mit internationalem oder nationalem Schutzstatus sowie Personen mit einer Duldung arbeiten dürfen. In ihrem zweiten Teil gibt die Broschüre einen Überblick über die Möglichkeiten der Förderung der Arbeitsmarktintegration, die für die verschiedenen Gruppen durch Regelungen der Sozialgesetzbücher sowie durch andere Förderinstrumente bestehen.

Berücksichtigt wurden für die Neuaufgabe die Änderungen, die im Laufe des Jahres 2013 bei den relevanten Gesetzen und Verordnungen eingetreten sind.

Die Broschüre steht hier zum Download zur Verfügung: http://www.asyl.net/index.php?id=130&tx_ttnews%5Btt_news%5D=50163&cHash=4a1108ccb99298ac5bb4b9676ccaa256

Leitfaden zu Rechten von Opfern von Menschenhandel

Warum sollten Opfer von Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung und extremer Arbeitsausbeutung identifiziert werden? Dieser Leitfaden gibt Hinweise zur aufenthaltsrechtlichen Situation von MigrantInnen, die Opfer von Menschenhandel werden sowie zu strafrechtlichen Sondervorschriften.

Inhalt:

- Hintergrund: Verknüpfung der Rechte mit der Identifizierung als Opfer
- Überblick
- Gesetzliche Sonderregeln für Opfer von Menschenhandel und Betroffene von Ausbeutung bei illegaler Beschäftigung
- Mit der Strafanzeige verbundene Risiken
- Möglichkeiten des Aufenthalts nach dem Strafverfahren für Opfer aus Drittstaaten

Der Leitfaden steht hier (<http://www.buendnis-gegen-menschenhandel.de/fachportal/leitfaden-zu-rechten-von-opfern-von-menschenhandel>) als Download zur Verfügung.



Rechtsberatung für Migranten



Was?
Beratung zu ausländer- und aufenthaltsrechtlichen
Fragen durch eine Fachanwältin

Wann?
Mittwochs von 10 - 11.30 Uhr

Termine:

○ 9. Juli 2014	○ 12. November 2014
○ 3. September 2014	○ 3. Dezember 2014
○ 1. Oktober 2014	

Wo?
Caritas Regionalstelle, Regierungstraße 55
99084 Erfurt

Wie?
Termin vereinbaren unter:
Telefon: 0361-555 33 59 oder
Email: mig-ef@caritas-bistum-erfurt.de

KONTAKTE REGIONAL

Beratung und Unterstützung für Flüchtlinge in Thüringen

ALTENBURG

Caritas Ostthüringen
Integratives Beratungs- u.
Begegnungszentrum/
Migrationsberatung
Barlachstr. 26
04600 Altenburg
Tel. (03447) 8 11 54

Kreisdiakoniestelle
Unterstützung & Vermittlung
Geraer Str. 46
04600 Altenburg
Tel. (03447) 8 95 80 20

APOLDA

Diakoniewerk Apolda gGmbH
Anlaufstelle für Flüchtlinge
Ritterstr. 43
Tel.: (03644) 56 27 25

EISENACH

Caritasregion Südthüringen
Flüchtlingsberatung
Alexanderstr. 45
99817 Eisenach
Tel. (03691) 20 48-94 oder - 90; Mo
09-12:00 Uhr, weitere Termine nach
Vereinbarung

Diakonie-Westthüringen
Migrationsberatung
Friedensstr. 10
Tel. (03691) 7 452 255

EISENBERG

**DO Diakonie Ostthüringen
gGmbH**
Beratungsstelle für Menschen im
Asylverfahren
Jenaer Str. 45
07607 Eisenberg
Tel.: (036691) 23 88 40
Handy: (0163) - 85 21 456

ERFURT

**Büro für ausländische
MitbürgerInnen**
Flüchtlingsberatung
Meienbergstr. 20
99084 Erfurt
Tel. (0361) 7 50 84 22/-23

Caritas Erfurt
Migrationsberatung & Beratung für
Rückkehr, Aus- und Weiterwanderung
Regierungsstr. 55
99084 Erfurt
Tel. (0361) 5 55 33- 58/-59
Rechtsberatung 1x im Monat (Termine
tel. erfragen)
(0361) 5 55 33 -59

Offene Arbeit
Kostenlose Rechtsberatung
Mi 17.00-18.30 Uhr
Allerheiligenstr. 9
99084 Erfurt
Tel. (0361) 6 42 26 61

Flüchtlingsrat Thüringen e.V.
Warsbergstr. 1
99092 Erfurt
Tel.: (0361) 21 72 720

Flüchtlingsrat Thüringen e.V.
Projekt „to arrange – pro job“
Beratung zu Asyl /Aufenthalt,
Sozialleistungen, Schule, Ausbildung
Johannesstr. 112
99084 Erfurt
Tel. (0361) 51 15 00 12

THEPRA-Migrationsberatung
Ruhrstraße 9
99085 Erfurt
Tel.: (0361) 55 04 89 12

GERA

DO Diakonie Ostthüringen gGmbH
Flüchtlingssozialarbeit
Trebritzer Str. 6
07545 Gera
Tel. (0365) 8 00 77 98

Aufandhalt e.V.
Karl-Schurz-Str. 13
07545 Gera
Tel.: (0365) 71 28 956

GOTHA

Diakoniewerk Gotha
Beratung für junge MigrantInnen &
Familien
Klosterplatz 6
99867 Gotha
Tel. (03621) 30 58 25

L' amitié e. V.
Multikulturelles Zentrum/
Migrationsberatungsstelle für erwachsene
Zuwanderer
Stadt- und Landkreis Gotha
Humboldtstr. 95
99867 Gotha
Tel. (03621) 29 340

GREIZ

Aufandhalt e.V.
Thomasstr. 25
07975 Greiz
Tel.: (03661) 40 69 554

HILDBURGHAUSEN

**Kirchl. Arbeitsstelle f. Migration u.
Integr. d. ev. KK Henneberger Land
u. Hildburghausen/Eisfeld**
Migrationsberatung
Obere Allee 11
98646 Hildburghausen
Tel.: (03681) 30 81 93
Beratungszeiten: Do von 10:00 - 16:00
Uhr

JENA

**AWO/ Fachdienst für Migration
und Integration**
Beratungsstelle für Flüchtlinge
Löbdergraben 14a
07743 Jena
Tel. (03641) 31 07 210

Bürgerinitiative Asyl e.V.
Postfach 100411
07704 Jena
E-Mail: asyl-ev@gmx.de
Anrufbeantworter: (03641) 55 98 392

**REFUGIO Thüringen/
Psychosoziales Zentrum für
Flüchtlinge**
Sozialberatung & Psychotherapie
Wagnergasse 25
07743 Jena
Tel. (03641) 22 62 81

The Voice Refugee Forum
Schillergäßchen 5
07745 Jena
Tel.: (0176) 24 56 89 88

MEININGEN

Caritasregion Südthüringen
Flüchtlingsberatung
Anton-Ulrich-Str. 56
98617 Meiningen
Tel.: (0157) 768 03 753

MÜHLHAUSEN

**Miteinander: Netzwerk für
Demokratie und Toleranz im
Unstrut-Hainich-Kreis e.V.**
Friedrich Naumann Str. 26
99974 Mühlhausen
Tel. (03601) 85 52 30
Sprechstunde: Do 10-15:00 Uhr

NORDHAUSEN

Schrankenlos e.V.
Barfüßer Str. 32
99734 Nordhausen
Tel. (03631) 98 09 01

SONNEBERG

**Kreisdiakoniestelle/
Kirchenkreissozialarbeit**
Marienstr. 6
96515 Sonneberg
Tel.: (03675) 70 35 68

SUHL

**Kirchliche Arbeitsstelle für
Migration und Integration der ev.
KK Henneberger Land und
Hildburghausen/Eisfeld**
Migrationsberatung
Kirchgasse 10
98527 Suhl
Tel. (03681) 30 81 93
Beratungszeiten: Mo - Mi; Fr Termine auf
Anfrage

WEIMAR

**Soziale Beratung von Caritas und
Diakonie im Flüchtlingswohnheim**
Ettersburger Str. 112-118
99427 Weimar
Tel. (03643) 49 79 81